

II-1238 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 673/1

1984-04-11

A n f r a g e

der Abgeordneten Ing. GASSNER

und Genossen

an den Bundesminister für soziale Verwaltung

betreffend negative Auswirkungen der 35-Stunden-Woche

Während die Österreichische Volkspartei mit einer offensiven Strategie Arbeit schaffen möchte, scheint die sozialistische Koalitionsregierung zu resignieren, sodaß Sozialminister Dallinger mit seiner fixen Idee, die 35-Stunden-Woche einzuführen, immer stärker in den Vordergrund treten kann.

Aber nur eine Politik der Vernunft und gesunde Betriebe können langfristig Arbeitsplätze sichern. Das Vorpreschen von Sozialminister Dallinger mit der 35-Stunden-Woche würde vor allem unsere Konkurrenzfähigkeit im Export schwer beeinträchtigen. Besonders zu beachten ist, daß die Kosten einer generellen Arbeitszeitverkürzung für Klein- und Mittelbetriebe doppelt so hoch sind, wie für Großbetriebe. Gerade die Klein- und Mittelbetriebe haben in den vergangenen schwierigen Jahren die Beschäftigung noch am besten gehalten.

Neue Arbeitsplätze können nur geschaffen werden, wenn es Wirtschaftswachstum gibt. Dazu bedarf es einer Wirtschaftspolitik, die den Strukturwandel begünstigt.

Um zu verhindern, daß die Konjunkturbelebung nur ein kurzes Strohfeuer bleibt, muß die Androhung der 35-Stunden-Woche als Wachstumshemmnis aufgegeben werden.

So sehr aus dieser Sicht der Arbeitnehmer Arbeitszeitverkürzungen grundsätzlich begrüßenswert erscheinen, würde in der jetzigen Situation eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit weitere Arbeitsplätze gefährden und damit zu Lasten der Arbeitnehmer geben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

1. Beabsichtigen Sie im Falle der von Ihnen vertretenen generellen Einführung der 35-Stunden-Woche eine Kostenteilung ähnlich dem Modellfall der "Steyr-Werke" ?
2. Wenn ja:
 - a) Wie hoch wäre in Prozenten die Lohnkürzung für Arbeitnehmer, wie würde sich dies auf den statistischen Durchschnittsverdienst (getrennt nach Arbeitern und Angestellten) auswirken bzw. wie oft und in welcher Höhe würden - als Alternativlösung - die kollektivvertraglichen jährlichen Gehaltserhöhungen gekürzt werden ?
 - b) Wie hoch wären - bezugnehmend auf den Fall Steyr - die Kosten für die öffentliche Hand (Arbeitsmarktverwaltung) und wie sollen diese aus dem Budget gedeckt werden ?
 - c) Wie hoch wären die dem Betrieb verbleibenden Kosten und wie würde sich dadurch der Anteil der Lohnkosten verändern ?
3. Wenn nein, wer sollte die Kosten allein tragen ?
4. Wie hoch wären diese Kosten (gemäß der Fragen 2a bis c) ?